

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1509  
Circuloffiz Riesa Nr. 52.

Nr. 52.

Dienstag, 3. März 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Heben. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Anzeigertages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für 6 Zeilen 2 Mark, 4 bis 5 Zeilen 1 Mark 50 Pfennig, 3 bis 4 Zeilen 1 Mark, 2 Zeilen 75 Pfennig, 1 Zeile 50 Pfennig. Die 50. und letzte Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Nachschlag, keine Leerzeilen. Kündigungsfrist 14 Tage. Bei Abbruch vor Ablauf der Frist wird der Betrag vergütet, durch Abzug eingezogener Anzeigen. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Tägliches Unterhaltungsbeilage. Anzeigen in der Elbe. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten - hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Werthestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübner, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Sandstrauer für Sachsen am Donnerstag.

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei verbreitet folgende Meldung:

Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird erklärt, daß als Tag der Beisetzung des Reichspräsidenten im Sinne der sächsischen Verordnung vom 28. Februar der

Donnerstag, 5. März

anzusehen ist. Es sind daher an diesem Tage die öffentlichen Aufmärsche und Luftfahrten in dem angegebenen Umfang verboten, und es ist bis zu diesem Tage auf halbhohe zu fliegen.

Entgegen dieser Regelung in Sachsen ist, wie wir bereits gestern meldeten, durch die preussische Regierung für Preußen bestimmt worden, daß in Preußen als „Tag der Beisetzung“ Mittwoch, der 4. März anzusehen ist. Das ist der Tag, an dem die offiziellen Trauerfeierlichkeiten in Berlin stattfinden.

## Die Trauerfeierlichkeiten in Berlin.

Am 4. März. Die von der Reichsregierung und dem Reichstag veranstalteten Trauerfeierlichkeiten zu Ehren des verstorbenen Reichspräsidenten bestehen aus der Trauerfeier, die im Laufe des Reichspräsidenten stattfand, sodann dem Trauermarsch, der Beisetzung zur Feuer vor dem Reichstagsgebäude gibt, und dem Abschied vor dem Potsdamer Bahnhof. Die Trauerfeier der Reichsregierung für den verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert findet am Mittwoch, den 4. März, um 3 Uhr nachmittags im Trauerhaus statt. Hierbei werden Vertreter der ausländischen Regierungen und des diplomatischen Korps anwesend sein. Außerdem sind Freunde der Familie geladen worden. Um 4 Uhr erfolgt in der Wilhelmstraße, deren oberer Teil entsprechend abgegrenzt ist, die Trauerparade der Reichswehr. Die Ordnung des Trauermarsches ist bis ins Einzelne geregelt. Der Wagen mit dem Verstorbenen wird geführt und begleitet von dem im Büro des Reichspräsidenten tätigen Sekretären. Ihm folgen die Ehre, die Verwandten und nahen Freunde des Reichspräsidenten. Als Ehrenbegleiter folgen sodann der Reichskanzler und der Reichstagspräsident. Zum Schluß dieses aus der Trauerfeier der Reichsregierung gebildeten Zuges schließen sich die Wagen mit den Damen der Familie an. Es folgen die Wagen mit den in übermäßiger Anzahl gespendeten Kränzen und Blumen. Vom Reichstag schließen sich all die Verbände und Organisationen an, die an der Feier teilnehmen wollen. Der Trauermarsch geht durch das Mittelportal des Brandenburger Tor. Vor dem Reichstagsgebäude hält der Zug. Hier entbietet der Reichstagspräsident, umgeben von den Abgeordneten des Reichstages und Vertretern des Reichswirtschaftsrates, dem toten Reichspräsidenten den letzten Gruß der Volkvertretung. Durch Freigabe des Königstages für Verbände und alle, die an der Feier teilnehmen wollen, ist hier Gelegenheit für ein Abschiednehmen für viele Tausende gegeben. Der Zug geht dann zum Potsdamer Platz, wo die Teilnehmer des Zuges zum letzten Gruß am Sarg vorbeiziehen. Dieser Vorbeimarsch dauert bis gegen Abend. Sodann bringt der Zug den Toten nach Heidelberg.

## Die Beisetzungsfestlichkeiten in Heidelberg.

Heidelberg. Aus Anlaß des Ablebens des Reichspräsidenten hielt der Stadtrat gestern mittags 12 Uhr eine Trauer Sitzung ab. Über den Verlauf der Beisetzungsfestlichkeiten liegen bis jetzt folgende Meldungen vor:  
Die Leiche des Reichspräsidenten wird am Donnerstag, 10. März mit Sonderzug hier eintreffen und am Bahnhofsplatz übernommen werden. Hier werden die städtischen und staatlichen Behörden sowie die Heidelberger Vereine Aufstellung nehmen. Die Leiche wird in feierlichem Zuge vom Bahnhof zum Friedhof übergeführt, wo die eigentliche Beisetzung stattfindet. An ihr werden sich auch die Heidelberger Sängerverbände beteiligen.

## Trauerkundgebung im Sächsischen Landtag.

Dresden. Der Sächsische Landtag wird am Donnerstag eine Trauerkundgebung für den verstorbenen Reichspräsidenten veranstalten. Die für diesen Tag vorgesehene Tagesordnung wird auf Dienstag, den 10. März verschoben.

## Der Gewerkschaftsring für eine Trauerkundgebung.

Berlin. (Funkpruch.) Der Gewerkschaftsring teilt mit, das deutsche Volk über alle Parteien und Gegenstände hinweg steht in Trauer an der Bahre des verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert, der sich in allen Kreisen der Bevölkerung als Staatsmann und Persönlichkeit größte Achtung erworben hat. Deshalb regt der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände bei den Reichsbehörden an, daß am kommenden Donnerstag 11 Uhr vormittags, zur Stunde der Beisetzung in Heidelberg, das deutsche Volk durch Arbeits- und Verkehrsringe für die Dauer von 1 bis 2 Minuten seiner nationalen Trauer einheitlich Ausdruck verleihen möge.

## Am 29. März Wahl des Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkpruch.) In Besprechungen der Reichsregierung mit den Parteiführern des Reichstages einigte man sich dahin, daß der 1. Wahlgang für die Wahl des Reichspräsidenten am Sonntag, den 29. März, stattfindet.

## Um die Präsidentenwahl.

Von unserem Berliner Vertreter.  
Berlin, 3. März. Die Vorbereitungen zur Neuwahl des Reichspräsidenten haben noch nicht begonnen. Es ist auch sehr unwahrscheinlich, daß vor Ablauf dieser Woche irgendwelche Schritte geschehen, die die Präsidentenwahl nicht zu überhüten. Allgemein herrscht der Wunsch vor, daß die beteiligten politischen Kreise nach Möglichkeit eine allzu große Berühmtheit vermeiden und sich auf gemeinsame Kandidaturen einigen. Die Demokraten schlagen vor, daß die republikanischen Parteien, d. h. Zentrum, Demokraten und Sozialdemokratie, sich auf eine gemeinsame Kandidatur einigen. Ähnlich werden auch die Rechtsparteien vorher bestimmte Vereinbarungen treffen, um eine Sammelskandidatur anzustellen. Da die Kommunisten ihrerseits keinerlei Vereinbarungen mit anderen Parteiführern eingehen wollen, muß man auch noch mit einem selbständigen kommunistischen Kandidaten rechnen.

In den politischen Kreisen würde man es für einen schweren Fehler halten, wenn allen viele Kandidaturen aufeinander folgten, so würden mit einiger Sicherheit etwa vier Kandidaten um die Reichspräsidentenwürde kämpfen:

1. eine Kandidatur der Rechtsparteien,
2. ein Kandidat der republikanischen Parteien,
3. eine unpolitische Kandidatur,
4. eine kommunistische Kandidatur.

Da die Präsidentenwahl insofern von grundsätzlicher politischer Bedeutung sein wird, als bei dieser Gelegenheit das parteipolitische Moment hinter den großen Gesichtspunkt zurücktritt, wird allgemein die Notwendigkeit betont, nur solche Kandidaten aufzustellen, die weder politisch, noch parlamentarisch an eine Partei gebunden sind. In den rechtsgerichteten Kreisen denkt man daher vor allem an solche Persönlichkeiten, die nach keiner Richtung hin politisch belastet erscheinen können. Von demokratischer Seite wird dagegen der frühere Reichskanzler Dr. Marx als Kandidat der republikanischen Parteien viel genannt. Zunächst ist hierbei zu betonen, daß das Zentrum sich seine Entscheidung vorbehalten hat, und eine Kandidatur Marx keineswegs ausgeschlossen ist. Auf der anderen Seite ist Dr. Marx Parlamentarier und bei den Regierungskämpfern in Preußen neuerdings wieder stark in den Vordergrund getreten, sodas vornehmlich auch in den Zentrumskreisen einige Bedenken gegen eine solche Kandidatur erhoben werden dürften. Des weiteren wird in den politischen Kreisen von einer Kandidatur des früheren Reichskanzlers Dr. Cuno für die Rechtsparteien gesprochen. Auch in diesem Falle handelt es sich lediglich um Kombinationen, zumal der Name Cuno schon bei früheren Anlässen als Anwärter der Rechtsparteien auf die Reichspräsidentenwürde aufgetaucht war. Eine Anwartschaft Cunos ist jedoch sehr unwahrscheinlich, da die Verdienlichkeit Cunos in den weitesten Volksteilen zu wenig bekannt ist. Daß man auf den Gedanken kommen könnte, den gegenwärtigen Reichskanzler Dr. Luther in Voranschlag zu bringen, ist zwar ziemlich unbegründet, wird aber vorläufig wohl kaum in Erwägung gezogen werden können, da Dr. Luther als Reichskanzler 3. St. erheblich wichtiger ist und für die Fortführung seiner Politik augenblicklich schwerlich einen geeigneten Stellvertreter finden könnte.

Aus all diesen Kombinationen kann man jedenfalls ersehen, wie schwierig es sein wird, die Präsidentenwahlfrage zu lösen, da Deutschland gegenwärtig über nur wenige Persönlichkeiten verfügt, die tatsächlich für eine Präsidentenwahlkandidatur in Frage kommen.

Wie wir hören, wird Reichskanzler Dr. Luther in den nächsten Tagen nach der Beisetzung des Reichspräsidenten die Parteiführer empfangen, um mit ihnen die Vorbereitungen zur Neuwahl des Reichspräsidenten zu besprechen. Da das Reichskabinett von sich aus keine Entscheidungen treffen will, sind die Parteiführer ermahnt worden, dem Kanzler bestimmte Vorschläge über die Formalitäten und über den Termin der Neuwahl zu unterbreiten. Zunächst wird eine Frist von drei Wochen aufgestellt werden müssen, bis zu der die Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl genannt sein müssen. Die Vorkände aller Parteien sind einberufen worden, um zu der Präsidentenfrage Stellung zu nehmen.

Berlin. Mehrere Blätter beschäftigen sich mit der Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten. „Lokalanzeiger“ und „Vollst. Ztg.“ treten lebhaft dafür ein, daß die technischen Vorbereitungen so beschleunigt werden, daß der erste Wahlgang bereits am 29. März, und der zweite, falls ein solcher notwendig werden sollte, am 26. April stattfinden kann.

Bezüglich der Kandidaten hält es der Vorkandidat für selbstverständlich, daß die republikanischen Parteien in irgend einer Form beteiligt sein werden, möglichst geschlossen aufzutreten. Über die tatsächliche Frage, welche Form des Zusammengehens die glücklichste ist, würden in kürzester Frist Entscheidungen fallen.

## Die preussische Ministerpräsidentenwahl vertagt.

Berlin, 3. März. Mit Rücksicht auf die durch den Tod des Reichspräsidenten geschaffene Lage ist nunmehr die Neuwahl des preussischen Ministerpräsidenten, die in dieser Woche stattfinden sollte, vertagt worden. Die Besprechungen über die Regierungsbildung in Preußen sind noch immer nicht einen Schritt vorwärts gekommen. Wie wir hören, sollen am Freitag neue Verhandlungen stattfinden, die sich zunächst auf die drei bisherigen Regierungsparteien beschränken werden. Nach Lage der Dinge ist kaum damit zu rechnen, daß vor Mitte der nächsten Woche eine grundsätzliche Klärung der preussischen Regierungstrage geschaffen ist.

Der Vorstand der Deutschnationalen Landtagsfraktion beschäftigte sich am Montag abend mit einem neuen Vorschlag des Ministerpräsidenten Marx hinsichtlich einer Regierungsbildung auf breiter Grundlage. Er war sich darin einig, daß man ein Kabinett mit Minister Severing nicht bilden könne, daß man vielmehr an dem Minister in dem Amtswortschreiben auf die Anregung der Bildung eines Kabinetts der Volksgemeinschaft niedergelegten Standpunkt festhalten müsse.

Auch die Deutsche Volkspartei beschäftigte sich in einer zweitägigen Sitzung mit der politischen Lage. Sie war der Ansicht, daß kein Anlaß vorliegt, gegenwärtig einen neuen Beschluß zu fassen.

## Aus dem Reichstage. Der Reichsrat

genehmigte heute vormittags in kurzer Beratung in seinem Ausschüssen und im Plenum den Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme der durch das Ableben des Reichspräsidenten entstehenden Lücken am Reich.

Der Text der Vorlage enthält die Bestimmung: Die Reichsregierung wird ermächtigt, die aus Anlaß des Ablebens des Reichspräsidenten entstehenden Lücken am Reichsmittel zu übernehmen.

In die Beratung der vereinigten Ausschüsse für Haushalt und Rechnungsweisen und für innere Verwaltung schloß sich sofort die Plenarsitzung an, die von dem Reichsminister der Finanzen von Schäfers mit folgenden Worten eingeleitet wurde: Die Reichsregierung hat es für eine Ehrenpflicht gehalten, daß das Deutsche Reich die Lücken, die aus Anlaß des Ablebens des Herrn Reichspräsidenten entstehen, auf die Reichskasse übernimmt. Sie hat deshalb, um der Angelegenheit eine würdige Form zu geben, ein ganz besonderes Gesetz vorgelegt. Dieses Gesetz hat neben die einstimmige Zustimmung der zuständigen Ausschüsse des Reichstages gefunden. Ich darf feststellen, daß, wenn kein Widerspruch erfolgt, auch das Plenum des Reichstages dieses Gesetz annimmt, Widerspruch erfolgt nicht, ich schließe die Sitzung.

## Preussischer Landtag.

Berlin. (Funkpruch.) Am Preussischen Landtag hielt heute mittags vor der Vollziehung fast sämtliche Fraktionen des Landtags Sitzungen ab. Die sozialdemokratische Fraktion veranlaßte eine Bedürfnisliste für den verstorbenen Reichspräsidenten. Auch die demokratische Fraktion gedachte des verstorbenen Reichspräsidenten. Der Fraktionsführer Falk hob insbesondere seine Verdienste um das besetzte Gebiet hervor. Sodann wurde die politische Lage, insbesondere die Frage der Wahl des Reichspräsidenten und des preussischen Ministerpräsidenten besprochen. Zur Regierungsbildung hielt die Fraktion sachlich an dem bisher eingenommenen Standpunkt fest.

## Zur Kontrollfrage.

Paris. (Funkpruch.) Der Bericht des internationalen Militärkontrollkomitees in Versailles umfaßt, wie der Militär offenbar von diesem Bericht habende Seite erfahren hat, 11 Seiten. Es handelt sich, berichtet das Blatt, bei diesem Bericht um keinen Kommentar der in dem Kontrollbericht festgestellten Tatsachen. Der Ausschuss Foch habe sich gebüht, irgendwelche Schlussfolgerungen aus dem vorliegenden Bericht zu ziehen. Das Komitee habe in keiner Weise den Entscheidungen der alliierten Regierungen vorgreifen wollen. Der Bericht stelle unter anderem fest, daß, wenn Deutschland Ende 1918 etwa 100 Kanonen hätte herstellen können, es nach Ansicht Fochs heute noch täglich etwa 50 Kanonen bauen könne dank der Fabriken, die sich nicht umgestaltet haben. Aus dem Bericht geht weiter hervor, daß die Reichswehr, die nur eine Vollzeiltruppe sein solle, im Laufe der letzten Jahre in ein Kriegsheer ausgebaut worden sei, bereit, in kürzester Frist einzugreifen. Es sei wahrscheinlich, daß die Vorkonferenz von Versailles Foch verlangen werde, daß er gewisse Punkte präzisiere und gewisse Vorschläge unterbreite, wozu er bereit sei. Foch habe sich bemüht, die Feststellungen der Kontrollkommission zu revidieren. Er wisse auch schon, wie er die Kontrolle wirksam machen wolle und habe auf diesbezügliche Fragen geantwortet, daß sei viel einfacher als man annehme.

## Belagerungszustand in Chile.

Paris. Aus St. Diego wird gemeldet, daß über die Bezirke von St. Diego, Valparaiso und Iquique der Belagerungszustand verhängt wurde.